

Die AfD und die Jugend

Gibt es einen neuen Trend?

Benno Hafenegger

Es gibt in der bundesdeutschen Geschichte zwei wiederkehrende Erkenntnisse zum Wahlverhalten von Erst- und Jungwähler:innen, die sich durch alle Landtags- und Bundestagswahlen und auch die Europawahlen ziehen. Ihre Wahlbeteiligung war – bei allen Schwankungen – niedriger als bei den anderen Altersgruppen¹. Sie haben – auch in den regionalen und kommunalen Hochburgen rechtsextremer Parteien – von wenigen Ausnahmen (vor allem der NPD) abgesehen unterdurchschnittlich rechtsextreme Parteien gewählt. Das gilt für die Ergebnisse seit den 1960er Jahren für die NPD, die DVU, die Schill-Partei in Hamburg und die Republikaner sowie andere Kleinstparteien; und auch zunächst für die AfD. Anders ist das Wahlverhalten bei jungen Erwachsenen zwischen 25 und 34 Jahren, die bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen in den letzten Jahren wiederholt überdurchschnittlich die AfD gewählt haben.

Das Wahlverhalten hat sich mit den Landtagswahlen Ende 2023 in Bayern und Hessen sowie den Landtagswahlen im Herbst 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg verändert. Hier haben große Teile der Erst- und Jungwähler:innen – der 18- bis 24-Jährigen – mit Blick auf das Gesamtergebnis im gleichen Ausmaß und auch überdurchschnittlich die als gesichert rechtsextrem nachgewiesene AfD gewählt. Diese Entwicklung war – gleichwohl bei den vorherigen Wahlen in den östlichen Bundesländern schon zwischen 10 und 20 % der Erst- und Jungwähler:innen AfD gewählt hatten – doch in dieser Größenordnung überraschend und nicht vorherzusehen; zumal in den Präferenzen der letzten Jahre vor allem die Grünen und z.T. auch die FDP dominiert haben.

1 Hier ist allgemein von Daten und Trends im Wahlverhalten der Altersgruppe Erst- und Jungwähler:innen die Rede. Trivial ist der Hinweis, dass es »die Jugend« nicht gibt; es gibt sie neben den Altersgrenzen mit ihren vielfältigen Merkmalen und Differenzierungen nur im Plural und in ihrer großen Heterogenität.

1. Ein Blick in die Zahlen

Die Ergebnisse bei den 18- bis 24-Jährigen bzw. bis 29-Jährigen zeigen bei den Wahlen 2023 und 2024 das Potenzial für rechtsextreme Einstellungen, die sich im Wahlverhalten (hier im Zweitstimmenanteil) als politischer »Rechtsruck« niederschlagen; freilich ohne allen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild zu unterstellen. Bei der Europawahl 2024 landete die AfD bei den 16- bis 24-Jährigen mit 16 % und einem Gesamtergebnis von 15,9 % knapp hinter den Unionsparteien (mit 17 %). Bei der Landtagswahl in Hessen erzielte die AfD ein Gesamtergebnis von 18,4 % (ein Zuwachs von 5,3 % gegenüber der Wahl 2018), bei den 18- bis 29-Jährigen waren es 17 %. In Bayern wählten 18 % der 18- bis 29-Jährigen die AfD bei einem Gesamtergebnis von 14,6 %. In Sachsen waren es – bei einem Gesamtergebnis von 30,6 % – 31 % (plus 11 Prozentpunkte gegenüber 2019) der 18- bis 24-Jährigen und in Thüringen – bei einem Gesamtergebnis von 32,8 % – 38 % (plus 15 Prozentpunkte gegenüber 2019). In Brandenburg waren es bei einem Gesamtergebnis von 29,2 % bei den 16- bis 24-Jährigen 32 % (14 % mehr im Vergleich zu 2019). Auch die fiktiven U-18-Wahlen haben ähnliche Zustimmungen für die AfD gezeigt.

In einzelnen Wahlkreisen und bei den Kommunalwahlen in den letzten beiden Jahren war die Zustimmung zur AfD im Gesamtergebnis noch deutlich höher und lag teilweise über 40 %; es gab einzelne Orte, da waren es über 50 % (und in dem Dorf Karlsdorf in Thüringen 72 %).

Blickt man auf die Wahlergebnisse der letzten Jahre zurück, dann zeigen sich die Attraktivität des rechten Randes und das veränderte Wahlverhalten von jungen Menschen bei den Wahlen 2023/24 besonders deutlich. So wählten – hier einige Beispiele – bei den U-18-Wahlen 2019 in Bayern die Grünen 23 und die AfD lediglich 8 %. Bei den Hessischen Landtagswahlen 2019 wählten von den 18- bis 24-Jährigen 29,6 % die Grünen und 10 % die AfD; und bei der vorletzten Europawahl votierten lediglich 5 % für die AfD und für die Grünen damals 34 %. Demgegenüber gab es in den östlichen Bundesländern bereits bei vorherigen Landtagswahlen hohe Zustimmungsquoten für die AfD: So 2021 bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, hier erzielte die AfD bei den Erst- und Jungwähler:innen 25 und in Sachsen-Anhalt waren es 17 %; in Thüringen wählten 2019 von den unter 30-Jährigen 23 % die AfD und in Sachsen waren es 21 %. In mehreren westlichen Bundesländern blieb die AfD im einstelligen Bereich: So waren es in Bremen 4 %, in Niedersachsen, Berlin und Schleswig-Holstein jeweils 5 %, in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland jeweils 6 %, in Bayern 7 und in Hessen 10 %.

Die Ergebnisse 2023/24 zeigen, dass die AfD für große Teile der jungen Generation vor allem in ländlichen Regionen mit ihren strukturellen, wirtschaftlichen und demografischen Verwerfungen, Problemen und Herausforderungen wählbar und in den östlichen Bundesländern in diesem Alterssegment zur stärksten Partei geworden ist. Sie ist jetzt – mit Ausnahme der Generation 60plus, die deutlich weniger

AfD gewählt haben – ähnlich hoch, wie in den anderen Altersgruppen, von denen vor allem die mittlere Generation der 40- bis 60-Jährigen dominieren. Legt man andere Auswertungskriterien (Geschlecht und Berufsgruppen, soziale Lage) zugrunde, dann ist die Zustimmung bei (jungen) Männern, Arbeiter:innen, Bauern, Selbständigen und Menschen in sozial und finanziell prekärer Lage mit über 40 % deutlich über dem Gesamtergebnis.

2. Hinweise aus Studien der Jugendforschung

Neben dem Wahlverhalten zeigen auch Ergebnisse von aktuellen Jugendstudien die hohe Zustimmung und auch Präferenz zugunsten der AfD. So kommt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa 2024 auf eine Zustimmung von 14 % und nach einer Umfrage der seit 2020 regelmäßig durchgeführten und repräsentativen Trendstudie »Jugend in Deutschland 2024« liegt die AfD mit 22 % an der Spitze der Wählergunst der 14- bis 29-Jährigen (2022 waren es noch 9 %). Die letzte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2024 zeigt das gemessene Einstellungspotential in der jungen Generation und dass 12 % der jüngeren Befragten ein manifest rechtsextremes Weltbild aufweisen.

Ein weiterer Blick in Jugendstudien und Sorgenbarometer zeigt, dass in großen Teilen der jungen Generation vor dem Hintergrund der Anhäufung von Krisen und dem Aufwachsen unter multiplen Krisenbedingungen sowie nationalen und globalen Transformationsprozessen mit ungewissen Ausgang das Vertrauen in die Politik, die demokratischen Parteien und staatliche Institutionen sowie die Medien gering ausgeprägt bzw. verloren gegangen ist. So weist neben der Trendstudie die Jugendstudie »Junges Europa 2023« der TUI-Stiftung aus dem Jahr 2023 eine hohe Politikverdrossenheit aus, und das Vertrauen in die politischen Parteien lag nach der Befragung der 16–26-Jährigen bei 10 %; gleichzeitig war das Vertrauen in Europa und seine Institutionen erfreulich hoch. Nach der Studie ist das Zukunftsvertrauen von jungen Menschen stark erschüttert und trübt sich das Lebensgefühl junger Europäer:innen längerfristig und kontinuierlich ein. Dann zeigen die »Corona-Studien« wiederholt die Enttäuschung von Jugendlichen, dass ihre Sorgen und Vorstellungen in der belastenden Pandemiezeit eher nicht oder gar nicht gehört wurden; dass Erwachsene über ihre Köpfe entschieden hätten und ihre Sicht der Politik bzw. den Politiker:innen nicht wichtig gewesen wäre. Nach der »Gerechtigkeitsstudie 2023/24 – Wie gerecht ist Deutschland?« der Universität Bielefeld gibt eine große Mehrheit an, keinen Einfluss zu haben, was die Regierung macht. Die qualitativ angelegte SINUS-Jugendstudie »Wie ticken Jugendliche?« aus dem Jahr 2024 zeigt u.a. wenig Interesse und die Distanz zu politischen Themen und an Beteiligungsformen sowie politischem Engagement; weiter eine gefühlte Einflusslosigkeit, und dass sie sich von den »Erwachsenen« nicht ernstgenommen und respektiert fühlen.

Und die 17. Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2024 zeigt u.a., dass die junge Generation grundsätzlich optimistisch und die Zustimmung zur Demokratie groß ist; auch das Interesse an Politik ist gestiegen. Das Sorgenbarometer ist gekennzeichnet von der wirtschaftlichen Lage, Angst vor einem Krieg und den Folgen des Klimawandels. Gleichzeitig zeigen sich Polarisierungstendenzen und steigt der Anteil autoritärer und nationalistischer Haltungen vor allem bei männlichen Jugendlichen und jungen Männern.

Diagnostiziert werden kann eine ambivalente Stimmungslage. Auch wenn die Mehrheit eher pessimistisch in die Zukunft blickt, und mehr als zwei Drittel der jungen Generation – so z.B. die Befragung der Vodafone-Stiftung – unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Politik sind, so zeigen die Studien zugleich, dass die Jugendlichen sich trotz aller Krisen mit Blick auf ihre eigene Zukunft einen Bewältigungsoptimismus bewahrt haben und sie zeigen deren Lebenszufriedenheit. So sind nach der SINUS-Jugendstudie trotz Zukunftsängsten 84 % der befragten Teenager:innen zwischen 14 und 17 Jahren zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrem Alltagsleben. Die junge Generation erlebt ihre Jugendzeit unter Krisenbedingungen als neue Normalität, sie ist krisensozialisiert, nicht resigniert. Sie bewältigt ihre Lebensthemen mit Freude, Optimismus und Engagement, Demokratiebewusstsein und einem positiven Bild von Europa. Sie besteht mit Blick auf sich selbst – und das ist der Sinn der Jugendzeit – mit (einem eher gedämpften) Optimismus und Zuversicht auf der Gestaltbarkeit des eigenen Lebens und ihrer Zukunft.

3. Gründe und Motive

Die Ursachen und Motive für das Wahlverhalten sind im Spannungsfeld von Protest und Überzeugung unterschiedlich und werden multifaktoriell diskutiert. Sie sind vor dem Hintergrund der skizzierten Ergebnisse aus der Jugendforschung und einer kulturpessimistischen Grundstimmung in der Gesellschaft zu verstehen, nach denen für große Teile der jungen Generation ihr Sorgenbarometer von Lebensunzufriedenheit, Zukunftsungewissheit und Unsicherheit, Kontrollverlusten, Abstiegsängsten und materiellen Sorgen sowie den Spätfolgen von Corona (insb. Einsamkeit), dann Themen wie Zuwanderung, Migration und Asyl, Sicherheit und Kriminalität, soziale Ungleichheit (Spaltung) und Sicherheit gekennzeichnet ist. Diese Mobilisierungsthemen und Gefühlswelten, Sorgen und Ängste werden von der AfD mit ihren ideologischen Konturen und Begriffen, Narrativen und Identitätsangeboten sowie Forderungen aufgenommen und gedeutet – und wirken auf Teile der jungen Generation »attraktiv« und »anziehend«. Zu den Feldern des Kulturkampfes werden weitere und immer wieder neue – für die junge Generation bedeutsame – Zukunfts- und Mobilisierungsthemen wie Krieg, Deindustrialisierung, Klimawandel, Familie, Erziehung und Gender aufgenommen und instrumentalisiert. Sie werden

mit provokativer Rhetorik und rechten Narrativen wie »Großer Austausch«, »Klimawahn« und »Genderwahn« aufgeladen und für den angeblichen wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Niedergang, für dystopische Szenarien und den Verfall von Deutschland verantwortlich gemacht. Alle diese Themen werden – so die rechts-extreme/-populistische Praxis – emotionalisiert, personalisierend und skandalisierend aufgenommen.

Die Sorgenennungen und Stimmungslagen sind in mehrere Einflussgrößen eingebettet, die die Gefühlswelten, Einstellungen und auch das Wahlverhalten in der jungen Generation beeinflusst haben und weiter beeinflussen werden.

Erstens ist es *Social Media* mit ihrer gesellschaftlich-kulturellen Dimension. Die Präsenz der AfD auf den Social-Media-Plattformen – und hier vor allem Tiktok und YouTube – erreichen mit ihren vielfach zunächst harmlos erscheinenden, dann aber demokratiefeindlichen, rassistischen und rechtsextremen Videos und ihrer Ästhetik, mit ihren Influencer:innen und ihrer rechten (verbotenen) Musik sowie mit Redefetzen von AfD-Politiker:innen – u.a. einminütigen Clips aus deren Reden – viele Jugendliche. Tiktok ist ein Leitmedium der jungen Generation, einzelne Beiträge werden millionenfach geklickt und sechs der zehn Politiker:innen mit der größten Reichweite sind AfD-Akteur:innen. Von den 14- bis 29-Jährigen, die die AfD favorisieren, nutzten nach der Trendstudie »Jugend in Deutschland 2024« mehr als 58 % regelmäßig Tiktok. Durch die Funktionsweise des Algorithmus geraten User:innen schnell – vielfach en passant – in einen Strudel aus Populismus und Fake News. Das Medium hat als Mischung von Entertainment und Propaganda, aus Lifestyle-Themen und Politik (die sich vermischen) eine große mobilisierende Reichweite und Bedeutung in der Herausbildung von neurechten Gefühlswelten, politischen Orientierungen und Mentalitäten. So wenn z.B. immer wieder Videos mit Fake News und Verschwörungserzählungen, mit Skandalsongs und Auftritten rechtsextremer Akteur:innen oder reichweitenstarken (vermeintlich unpolitischen) Influencer:innen gezeigt werden, in denen Emotionen, Wut und Angst geweckt werden, die polarisieren und einfache Antworten für komplizierte Fragen anbieten (vgl. Schenk, 2024). So wenn angeblich von Zuwanderung und der von jugendlichen Migrant:innen ausgehenden Gewalt als größte Gefahr für Deutschland beschrieben werden. Mit dem Markt von Influencer:innen mit ihren tausenden Follower:innen können Radikalisierungsprozesse subtil angestoßen werden. Dabei adressiert die AfD vor allem junge Männer mit einem (digitalen) Gemeinschaftsgefühl und dem Bild, nach dem – so der Europaabgeordnete Maximilian Krah – »echte und starke Männer rechte Männer« sind.

Zweitens sind es milieu- und sozialisationsbedingte Einflussfaktoren mit dem *Alltag im Elternhaus und sozialen Umfeld* sowie die jugendkulturellen Gesellschapsbereiche in Schule und Freizeit, in denen die politische Sozialisation und Mentalitätsentwicklung von Jugendlichen analog stattfindet. Wie hier gefühlt, gedacht, geredet und gewählt wird, das prägt in der generativen Weitergabe und Kommunikation –

durchaus in Prozessen einer auch alltagsorientierten Radikalisierung – die junge Generation. Mit Blick auf die politische Sozialisation ist auch die sogenannte – und umstrittene – Persistenzthese interessant, nach der politische Orientierungen bereits frühkindlich durch die Familie weiter gegeben werden und sich manifestieren. Die Forschung zeigt, dass Kinder – vor allem familiär stimuliert – im Grundschulalter politisch involviert und interessiert sind, über Vorwissen, politische Kenntnisse, Interessen und Orientierungen verfügen. So erfahren Kinder in adultistischen Gesellschaftsverhältnissen – grundlegend und gesellschaftlich toleriert – in der Regel unbewusst, wie Unterdrückung, Diskriminierung und Macht durch Erwachsene funktionieren und biografisch prägend wirken (können). Zu untersuchen wäre, ob die Erst- und Jungwähler:innen dem Wahlverhalten ihrer Eltern und ihrem Erwachsenenenumfeld – die AfD zu wählen – folgen und wie der Einfluss ihrer jeweiligen Gesellschaftsform in der Freizeit ist. Dann wäre das Wahlverhalten von Teilen der jungen Generation kein Protestverhalten gegen die Eltern, sondern ihnen würde milieubezogen – ohne Generationenkonflikt – angepasst und konformistisch gefolgt.

Drittens ist es die politische, gesellschaftliche und *affektive Normalisierung* der AfD bei zugleich deutlichen Repräsentationslücken, fehlender Präsenz und nicht erlebter Wirklichkeit von demokratischen Parteien. Die Wahlergebnisse zeigen, dass sie – vor allem, aber nicht nur in den östlichen Bundesländern – als normale, (noch) nicht verbotene Partei jenseits von Links-Rechts-Schemata wahrgenommen wird. Sie hat in ländlichen Regionen der Republik eine große Toleranz und Akzeptanz in Familien, Freundeskreisen und ist vor allem in östlichen Bundesländern als lokale AfD-Gemeinschaft und affektive Kraft im kommunalen Alltag präsent. Sie ist (noch?) nicht verboten und wird – sich selbst verharmlosend – als normal und nicht als extremistisch wahrgenommen; und sie zu wählen – auch wenn man sich selbst politisch in der Mitte verortet – wird dann auch als normal angesehen. Damit und mit einer Verschiebung des Sagbaren nach rechts gibt es keine emotionale Barriere mehr die AfD zu wählen.

Viertens gibt es wiederkehrend eine *politisch-kulturelle Protestattitude* in der jungen Generation, die vor allem mit einer widerständigen und dichotomen Affektlage gegen »die da oben« und »die anderen« verbunden sind. Es gibt eine soziale Affekt- und Konfliktlage in Teilen der – vor allem männlichen – Bevölkerung und auch in der jungen Generation, die durch konformistisch-rebellischen Abgrenzung, einer Abkehr von den demokratischen Parteien, Kritik am »System« und den »Eliten« sowie einer Protesthaltung verbunden ist, die sich im Wahlverhalten ausdrückt. Hier geriert sich die AfD gegenüber Jugendlichen als – so eine Facette – unangepasste, rebellische Partei mit rechten popkulturellen Anklängen und inszeniert sich als Freiheitspartei. Sie fühlen sich in der analogen und digitalen Gemeinschaft der konformistischen Rebellen und angeblich Starken, deren autoritärer Aggression und ihrer Kraftmeierei sowie einem Hang zur Gewaltsprache aufgehoben, die dieses »System« und deren Regeln ablehnt. Die neurechte Gefühlslage/-rohheit ist bestimmt

von Unzufriedenheit und Unmut, Wut und Empörung, sich abgehängt fühlen und nicht gehört werden, von Misstrauen und Hass sowie einer traditionell-reaktionären Männlichkeit (und auch Weiblichkeit) und zugehörigen Gemeinschaftsgefühlen (vgl. Spissinger, 2024). Die AfD wird als Anti- und Nichtregierungspartei (als nationales Gegenprojekt) und widerständig gegen die Ampel wahrgenommen. Sie aggregiert diese pessimistischen Gefühlspositionen mit ihren Deutungsangeboten und Zukunftsvorstellungen; zumal parteipolitische Bindungen in der jungen Generation gering ausgebildet sind.

Fünftens sind die Ergebnisse auch *Folgen der Abwanderung* von Teilen der jungen Generation von Ost nach West und vom Land in die Metropolen. Dieser brain drain hat vor allem strukturschwache Räume und ländliche Regionen soziokulturell und jugendkulturell homogenisiert, bis hin zu lokalen Milieus und Dominanzkulturen der rechten Szene im öffentlichen Raum. Zurück bleiben junge Männer. In Dörfern und kleinstädtischen Räumen ist vielfach nur die AfD als Partei und rechtes Gefühlsnetzwerk präsent, die demokratischen Parteien und eine engagierte Zivilgesellschaft fehlen weitgehend; dann gibt es für die junge Generation oftmals nur die Feuerwehr und den Fußballverein – aber keine pluralistische Jugendverbandsarbeit, offene Jugendarbeit und Szenen einer demokratischen Jugendkultur.

Sechstens ist es auf der Ebene der *Persönlichkeitsentwicklung/-struktur* eine fehlende – d.h. das Aushalten und Leben von – Ambiguitätstoleranz, verbunden mit der Herausbildung eines autoritären, dichotom geprägten Charakters und Weltbildes, die in Kategorien und Zuordnungen von schwarz-weiß, gut-böse, zugehörig-nicht zugehörig, oben-unten denkt (vgl. Adorno, 2024) Diese Ressentiments, Denk- und Gefühlsweisen werden in konformistischen und ressentimentorientierten Resonanzmilieus, in Familien und lokalen Kulturen herausgebildet und verfestigt. In komplexen und komplizierten Zeiten sind es solche einfachen, komplexitätsreduzierenden Deutungsangebote, die viele Jugendliche erreichen und ihnen von der rechten politischen Seite, ihren Gesellungs- und Vergemeinschaftungsformen sowie ihren Ideologieproduzent:innen angeboten werden. Hier stellt sich die AfD als Verteidigerin des »normalen Lebens« dar, die angeblich als einzige Partei »den Normalbürger«, die »kleinen Leute« und »gewöhnlichen, rechtschaffenden Menschen«, deren Interessen und Freiheit gegen den »Genderwahn«, »Klimawahn« und den »Großen Austausch« – bei einem reklamierten und angemäßigten »Volkswillen« – im Blick hat.

Siebtens hat das Wahlverhalten den gesellschaftlichen Hintergrund, der als *neoliberaler Kältestrom* und *rabiater Individualismus* beschrieben worden ist (vgl. Amlinger & Nachtwey, 2022) Diese politisch-ökonomisch induzierte Entwicklung erreicht auch Teile der jungen Generation und hat dazu beigetragen, dass Merkmale wie Empathie, Selbst-Reflexivität und Solidarität mit Fremden – Asylbewerber:innen, Geflüchteten, Migrant:innen – in Teilen der Gesellschaft (und auch in Teilen der jungen Generation) nachgelassen haben bzw. nicht ausgebildet wurden. Ein weiteres Er-

gebnis dieser Sozialisation und Erfahrungs- und Gefühlswelt ist, dass es eine Lust an Härte, Eindeutigkeit und Bössartigkeit gibt, man nur »an sich selbst« und das konstruierte »deutsche Volk« denkt, andere ablehnt, abwertet und ausgrenzt. Dieses gesellschaftliche und kulturelle »Hintergrundrauschen« ist die negative Seite von Individualisierungsprozessen, die sich radikalieren und verfestigen können, sich im Wahlverhalten, in rechten Vergemeinschaftungsformen und Gefühlswelten (einem rechten Wohlfühlen) sowie in Gewaltaffinität, der Legitimation von Gewalt und auch Gewaltverhalten ausdrücken können (vgl. Spissinger, 2024).

4. Interventionen und Jugendbild der AfD

Die AfD sieht mit den Wahlergebnissen die Entstehung und Entwicklung einer neuen nationalen, homogenen deutschen Jugend, die sich mit Nationalstolz als Teil einer nationalen Front und Widerstandsgemeinschaft »gegen das System« versteht. Es ist vor allem eine Gefühlsgemeinschaft die angeboten wird und auf Teile der jungen Generation anziehend und attraktiv wirkt. Die deutsche Jugend wird als Teil eines »gesunden Volkskörpers« gesehen, mit dem Deutschland neu aufgebaut werden soll.

Ein Blick in die parlamentarischen Interventionen der AfD in Form von Anfragen, Anträgen und Debattenbeiträgen in kommunalen Vertretungen, in Landesparlamenten und im Bundestag zeigt, welche Jugend(en) und Aktivitäten kritisiert werden und welche Jugend die AfD will und nicht will. Die Anfragen konturieren ein negatives Jugendbild und kritisieren die schulische Bildungs- und außerschulische Jugendpolitik. Das zeigt sie mit ihren Interventionen, wenn sie Jugend(en), Träger und Aktivitäten der Jugendarbeit neutral-subtil oder aggressiv-direkt anfragt und kritisiert, ablehnt und bekämpft. Dazu gehören wiederholt *Fridays for Future*, selbstorganisierte politische und kulturelle Initiativen, Träger von Jugendarbeit (Jugendringe/-verbände, Offene Jugendarbeit), Demokratieprojekte und politische Bildung. Es sind schulische und außerschulische Aktivitäten, die sich mit Demokratiegefährdung, Klimawandel, rechten Populismus und Extremismus, mit Rassismus und Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen; die für Menschenrechte, eine diverse und plurale Gesellschaft, für vielfältige Lebensweisen und sexuelle Orientierungen eintreten.

Im Vorgehen und in den Begründungen sind zwei Muster identifizierbar: Die AfD subsumiert jugendliches Engagement und Protestverhalten, emanzipatorische Orientierungen, Gruppierungen und Träger unter »einseitig«, »verfassungsfeindlich«, »links und linksextrem« oder unterstellt Nähe und Zusammenarbeit mit linken Szenen (z.B. Antifa). Hier fordert sie Sanktionen, ein hartes Vorgehen, Verbote und Entzug der Förderung. Ein weiteres Merkmal ist die Forderung nach der Einhaltung eines vermeintlichen »Neutralitätsgebotes« vor allem für Schulen (u.a. mit

dem zur Denunziation aufrufenden »Informationsportal 'Neutrale Schule'« in mehreren Bundesländern) aber auch außerschulische Träger, die staatliche Mittel erhalten. Es sind Delegitimationsversuche von Institutionen, Trägern und Projekten, von Demokratiebildung und politischer Bildung. Die AfD hat ein konstruiert-instrumentelles Verständnis von Neutralität, als wären Verfassungsprinzipien, Menschenwürde und Demokratie, Menschen- und Grundrechte »neutral« und verhandelbar (vgl. Wohnig & Zorn, 2022).

Die AfD konturiert kein erkennbar eigenes Jugendbild, deutet aber mit ihren Interventionen und Kommentierungen von Wahlergebnissen an, dass sie eine Protest- und Gestaltungspartei zugleich ist und eine deutsch-nationale, patriotische und ethnisch-homogene Jugend will. Sie reklamiert nach den Landtagswahlen im Jahr 2024 die Mehrheit, konstruiert eine deutsche »normale« Jugend, um die sich Politik zu kümmern habe und die gefördert werden soll. Ihnen werden denunzierend die »abweichenden Minderheiten« oder die »links-grün-versiffte« Jugend – so die Diktion – gegenübergestellt. Die angeblich »normale« Jugend will die AfD ansprechen und fördern, für sie will sie attraktiv und wählbar sein.

5. Neue Normalität?

Wahlverhalten ist immer auch ein bedeutsamer Indikator, der Auskunft über politische Orientierungen und Milieus, für deren Bereitschaft und Überzeugung gibt, eine bestimmte Partei zu wählen. Die Entwicklung von politischen Orientierungen und des Wahlverhaltens – der Zustimmung für die rechtsextreme AfD oder auch die Freien Sachsen – zeigen, dass es auch einen rechten Autoritarismus und Extremismus, d.h. eine »Normalisierung« autoritärer und rechtsextremer Einstellungen in der »Mitte« der Jugend gibt. Weiter ist das Lager neben dem organisierten jugendlichen Rechtsextremismus – wie der Jungen Alternative, rechten bündischen Gruppen und Burschenschaften, den Identitären, neonazistischen Kleingruppen, den jugendkulturellen Gesellungsformen mit Musik und Treffen – von einer vielfältige Netzwelt aus »Hass und Hetze« geprägt (vgl. Schenk, 2024; Becker et al., 2024). Vor diesem politisch-kulturellen Hintergrund wären die Wahlerfolge ein Ergebnis von langfristigen Entwicklungen der generativen Weitergabe von Weltansichten, von Konformitätsverhalten und von Vergemeinschaftungspraktiken mit dem Ziel, die politische Kultur – im Sinne metapolitischer Vorstellungen und Strategien – nach rechts zu verschieben.

Es formiert und verfestigt sich möglicherweise auch in Teilen der jungen Generation in analogen und digitalen Räumen eine geteilte Wahrnehmungs- und Stimmungslage unter Gleichgesinnten sowie ein Bedürfnis nach Rohheit, Abschottung, Ausgrenzung und Renationalisierung, nach Abwehr gegen eine vielfältige, bunte Gesellschaft, gegen eine durch den Klimawandel notwendige ökologische

Transformation. Es ist der AfD mit ihren politischen Gefühlsangeboten, ihrer provokativen Rhetorik und ihren Narrativen bei den letzten Wahlen in den Jahren 2023 und 2024 gelungen diese Sorgen und Themen in der jungen Generation aufzunehmen, zu befeuern und im Wahlverhalten als elektoralem Protest zu binden.

Es ist zunächst kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild und eine eindeutige Agenda, die das Wahlverhalten prägen, und die Frage ist: Ob dieses Wahlverhalten von Erst- und Jungwähler:innen volatil ist, ob es vorübergehend und einmalig war oder zu einer dauerhaften politischen »Heimat« und Identität mit einem stabilen demokratie- und menschenfeindlichen Grundgefühl wird, ob sich die Sozialfigur des begeisterten rechtsextremen Wählers und der Wählerin herausbildet, das bleibt abzuwarten. Dies ist von vielen biografischen, gesellschaftlichen und politischen sowie regionalen Faktoren und Entwicklungen abhängig – letztlich einer in Krisenzeiten attraktiven, glaubwürdigen und überzeugenden Zukunftspolitik für die junge Generation bzw. einer enkeltauglichen Zukunft, die sich im Wettbewerb der demokratischen Parteien herausbilden und zur politischen Praxis werden muss. Die Politik bzw. demokratischen Parteien müssen die Sorgen und Befürchtungen der jungen Generation aufnehmen und ihnen mit einer positiven Erzählung und zuversichtlichen Vision für die weitere gesellschaftliche Entwicklung gute Gründe geben, anders zu wählen und sie auch emotional von der Demokratie überzeugen und an sie binden. Echter Fortschritt muss der jungen Generation (wie der Gesellschaft insgesamt) Mut und Lust auf die Zukunft machen und diese den Angst-Narrativen der populistischen und extremen Rechten entgegensetzen.

Der pädagogische Raum, die Schule und Jugendarbeit sind mit der Herausforderung konfrontiert, mit einer demokratisch-partizipativen Kultur, mit ihren (politischen) Bildungsangeboten und mit ihrer Praxis der jungen Generation eine menschenrechtsbasierte und demokratiebewusste moralische Grundierung und Bindung zu vermitteln. Es muss ihnen in krisenhaften Zeiten bzw. einem Aufwachsen unter Krisenbedingungen als »neue« Normalität gelingen, Jugendlichen in ihren vielschichtigen Prozessen des Aufwachsens solidarische Gemeinschaftserlebnisse, Halt und Orientierung sowie glaubhaft echte Partizipation zu ermöglichen und zu erfahren. Diese aufklärenden und erfahrungsbasierten Herausforderungen gelten für die demokratische Zivilgesellschaft insgesamt.

Literatur

- Adorno, T. W. (2024, aktuelle Auflage): Studien zum autoritären Charakter, Berlin
- Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin
- Becker, M., Maron, J. & Sarhan, A. (Hg.) (2024): Hass und Hetze im Netz, Frankfurt a.M.

- Schenk, S. (Hg.) (2024): Populismus und Protest. Demokratische Öffentlichkeiten und Medienbildung in Zeiten von Rechtsextremismus und Digitalisierung, Opladen. Berlin. Toronto
- Spissinger, F. (2024): Die Gefühlsgemeinschaft der AfD. Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen, Opladen. Berlin. Toronto
- Wohnig, A. & Zorn, P. (2022) (Hg.): Neutralität ist keine Lösung. Politik, Bildung – politische Bildung, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe Band 10592)

